

Der Aargau ist auf Klimakurs, doch der Weg wird steiler

Der erste Fünfjahresbericht zum Energieverbrauch im Kanton Aargau zeigt Erfreuliches: Der Strom- und Gesamtenergieverbrauch pro Kopf sinkt. Doch gerade bei Gebäuden, der Mobilität und beim Zubau neuer erneuerbarer Energie steht der Aargau noch vor grossen Aufgaben.

Matthias Küng

Als der Grosse Rat 2015 die kantonale Energiestrategie verabschiedete, gab er der Regierung den Auftrag, alle fünf Jahre über die Zielerreichung zu berichten. Der erste Bericht und damit eine Standortbestimmung mit Blick auf das CO₂-Gesetz, über das der Souverän am 13. Juni abstimmt, liegt jetzt vor. Er zeigt, der Aargau ist derzeit beim Stromverbrauch (kleine Grafik), aber auch beim gesamten Energieverbrauch pro Kopf auf Zielkurs, sogar beim Zubau neuer erneuerbarer Energie. Doch die Herausforderungen bleiben gross. Insbesondere der ab 2020 steiler werdende Zielpfad sowie das nationale Klimaziel «Netto-Null bis 2050», das auch der Aargauer Regierungsrat unterstützt, erfordern zusätzliche Massnahmen, wie es im Bericht heisst.

Ist der Zubau neuer erneuerbarer Energie überhaupt zu schaffen?

Denn die Luft bei der künftigen Zielerreichung wird immer dünner. Das zeigt anschaulich die grosse Grafik über den nötigen Zubau zusätzlicher neuer erneuerbarer Energie. Ist das ohne das abgelehnte neue kantonale Energiegesetz und «nur» mit dem seit 1. März geltenden neuen Förderprogramm Energie überhaupt zu schaffen? Adrian Fahrni, Leiter Abteilung Energie im zuständigen Departement Attiger, ist skeptisch. Auf Förderung zu setzen, sei sicher richtig, sagt er, «aber wenn wir das enorme Potenzial gerade der Fotovoltaik voll ausschöpfen wollen, braucht es auch verpflichtende Vorgaben». Technisch sei es machbar, aber mit hohen Anfangsinvestitionen verbunden, was viele abschreckt. Fahrni: «Dabei

lockt in den meisten Fällen ein positiver Return on Investment, das heisst, meist sind solche Investitionen mittel- bis längerfristig wirtschaftlich interessant.» Aber sinkt nicht die Versorgungssicherheit, wenn immer mehr Solarstrom im Netz ist, der extrem schwankt? Die Schweiz habe mit ihren Pumpspeicherkraftwerken einen grossen Trumpf,

mit dem man Schwankungen gut ausgleichen könne, antwortet Fahrni: «Zudem ist das Wetter nicht überall gleich. Wenn es im Mittelland regnet, kann es sein, dass im Tessin und im Wallis die Sonne scheint. Im europäischen Verbund gilt dies genauso.»

Warum setzt der Aargau weiter auf Windenergie?

Der Aargau setzt auch weiterhin auf seine vom Grosse Rat ausgeschiedenen fünf Windenergiestandorte. Erreicht wurde in den letzten Jahren damit aber keine einzige Kilowattstunde Strom. Lohnt es sich überhaupt, gegen derartigen Widerstand dafür zu kämpfen? Ökonomisch rechne es sich unter diesen Umständen nicht wirklich, räumt Fahrni ein, «doch das Potenzial der Windenergie ist da». «Wir müssen es ausschöpfen, zumal Windenergiekraftwerke im Winter, wenn der Bedarf besonders hoch ist, viel Strom produzieren. Im Aargau haben wir aktuell zwei gute Projekte, in Burg und auf dem Lindenberg.» Zusammen bringen sie fast 40 Gigawattstunden (GWh) pro Jahr. Zum Vergleich: jährlich brauchen wir einen Zuwachs bei den neuen erneuerbaren Energien von 50 GWh. Das sei also ein spürbarer Beitrag, sagt Fahrni: «Ich hoffe, beide kommen zu Stande.»

Nötiger Zubau «Erneuerbare» reicht für über 11 000 Haushalte

50 GWh tönt sehr abstrakt. Wofür würde dieser Strom denn reichen? Solarstrom fällt ja je nach Tages- und Jahreszeit sowie Witterung unterschiedlich an. Ein Vierpersonenhaushalt mit Elektroherd und Elektroboiler verbraucht jährlich im Schnitt 4500 Kilowattstunden (kWh). 50 GWh (50 Mil-

lionen kWh) reichen also rechnerisch für 11 111 solche Haushalte.

Bei Gebäuden und Mobilität weit vom Ziel entfernt

Nebst zusätzlichem Strom, der dereinst den Wegfall des AKW-Stroms wenigstens teilweise ausgleichen soll, muss auch der CO₂-Ausstoss sinken. Da hapert es gemäss Energiemonitoring im Mobilitäts- und Gebäudebereich gewaltig. Reichen im Gebäudepark die Anreize für umweltfreundlichen Heizungsersatz und für energetische Sanierungen? Fahrni: «Es braucht diese Anreize unbedingt, die der Kanton schafft, zusammen mit dem neuen Entwicklungsschwerpunkt Klima und der Solaroffensive.» Das allein reiche aber nicht, um die Rate der energetischen Sanierungen bei Gebäuden von heute unter einem auf zwei Prozent jährlich zu erhöhen. Fahrni: «Dafür brauchen wir zusätzlich das CO₂-Gesetz, das vom Regierungsrat unterstützt wird. Es geht nicht ohne zusätzliche Anstrengungen, um das Klimaziel zu erreichen.»

Nun hat die Analyse der Energiegesetzabstimmung 2020 gezeigt, dass gerade Personen mit kleinem Portemonnaie Nein stimmten. Wie will er sie da für das CO₂-Gesetz erwärmen? Fahrni: «Es gibt erstens eine umweltpolitische Motivation. Wir alle sollten uns fragen, welche Schweiz wir kommenden Generationen hinterlassen wollen. Zum Zweiten kostet die Energiewende nicht bloss Geld. So wird ein gewichtiger Teil der CO₂-Abgabe an Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt. Weiter bringt sie neue Wertschöpfung in der Schweiz. Wenn wir einheimisches Potenzial ausschöpfen, verbessern wir die CO₂-Bilanz und senken gleichzeitig die Abhän-



Grosse Hoffnung Solarenergie: Schüler der Sekun

gigkeit von Ländern, welche Öl und Erdgas exportieren.»

Stromverbrauch sank im ersten Coronafrühling massiv

Hilft eigentlich der Corona-Lockdown dem Klimaziel? Immerhin nahm die Mobilität zwischenzeitlich massiv ab. Zur Verbrauchsentwicklung von Heizöl, Benzin, Erdgas etc. lägen noch keine Daten für 2020 vor, sagt Adrian Fahrni. Der Elektrizitätsverbrauch sei aber insbesondere während des Frühjahres 2020 stark eingebrochen: im März -4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, im April -11,9 Prozent, im Mai -9,8 Prozent. Die Zahlen seien aber nicht witterungsbereinigt, «sie berücksichtigen also nicht, ob aufgrund der Temperaturen mehr oder weniger geheizt wurde», so Fahrni. Für den Kanton Aargau könne von einer ähnlichen Entwicklung ausgegangen werden. Die definitiven Zahlen werden im April veröffentlicht.

WWW.

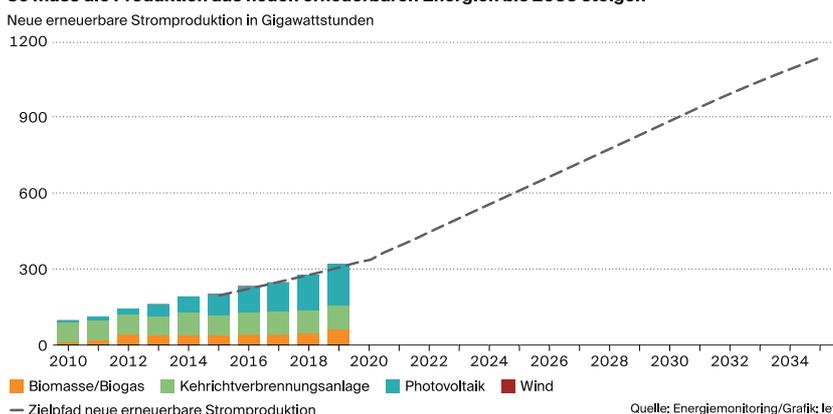
Weitere Grafiken zum Thema auf www.aargauerzeitung.ch

«Meist sind solche Investitionen mittel- bis längerfristig wirtschaftlich interessant.»

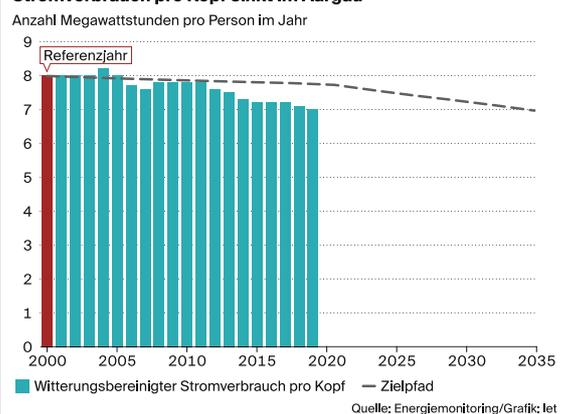


Adrian Fahrni
Leiter Abteilung Energie beim Kanton

So muss die Produktion aus neuen erneuerbaren Energien bis 2035 stiegen



Stromverbrauch pro Kopf sinkt im Aargau





Idarschule Chapf installieren eine Solaranlage auf dem neuen Velounterstand beim Gemeindehaus in Windisch. Bild vom 22.11.2019, zvg

Hat die Coronapandemie die Aargauer Klimajugend gezähmt?

Umweltpolitik Im Sommer 2019, dem Höhepunkt der Klimaaktivisten, kamen auch im Aargau viele junge Menschen zusammen, um fürs Klima zu demonstrieren. Die Klimaerwärmung war in aller Munde und bei den nationalen Wahlen folgte eine grüne Welle. Dann kam Corona. Die Pandemie machte den Aktivisten einen Strich durch die Rechnung: Demos wurden verboten, die grosse Sorge der Menschen gehörte jetzt der Pandemie. Um die schmelzenden Gletscher wurde es still.

«Es ist schade, dass wir aktuell weniger gesehen werden», sagt Mechthild Mus vom Klimastreik Aargau. Dass die Pandemie die Klimathematik verdrängt hat, findet Mus gefährlich, denn: «Die Klimakrise verschwindet nicht, nur weil wir nicht darüber reden.»

Dämchen gedreht hat die Klimajugend im Aargau trotz Demoverbot nicht: Im Hintergrund organisierten sie Webinars gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien und vereinzelt kleine Strassenaktionen. Doch grosse Aufmerksamkeit haben sie mit solchen Aktionen von der breiten Masse nicht erhalten.

Trotz dieser Präsenzeinbusse und weiter schmelzender Polarkappen kam es für die Aargauer Klimajugend nie in Frage, sich gegen die auferlegten Einschränkungen aufzuheben und etwa gegen das Verbot von Demos zu organisieren. Mechthild Mus sagt: «Es ist für uns klar, dass wir die Pandemie nicht hintergehen. In der Klimakrise fordern wir, dass die Schwächeren geschützt werden, genau das Gleiche ist auch in der Coronakrise wichtig.»

Auch für Vera Becker, Co-Präsidentin der jungen Grünen Aargau und Aktivistin bei der Klimajugend, ist klar, dass man eine Krise nicht gegen die andere ausspielen darf. Sie sagt es so: «Ich fin-



Demos wie hier in Aarau letzten September waren die Ausnahme. Bild: Nadja Rohner

de die Klimakrise mega, mega scheisse, aber auch die Coronakrise ist mega, mega scheisse.»

Lehren aus der Pandemie und Hoffen auf den Sommer

Eine Entscheidung, die von der Klimajugend während der Pandemie gefällt werden musste, ist, ob sie dem neuen CO₂-Gesetz zustimmen. Die SVP ergriff das Referendum, weshalb das Volk im Juni darüber abstimmen wird. Der Klimastreik Aargau beschloss, sich für das CO₂-Gesetz auszusprechen, auch wenn es ihnen eigentlich zu wenig weit geht. Andere Kantonalaktionen, wie etwa die Waadt, ergriffen das Referendum.

Die Befürchtung der Klimajugend Aargau: Bei einem Nein zum Gesetz könnte es von der SVP weiter abgeschwächt werden. Ein Vernunftentscheid also von der Bewegung, die sich mit teils radikalen Forderungen für die Rettung des Klimas einsetzt. Ist die Kli-

majugend während der Pandemie zahm geworden? «Das lässt sich kaum verallgemeinern sagen, unsere Aktionen sind nach wie vor breit gefächert, von Kreidekunst bis zur Bundesplatzbesetzung», sagt Mus.

Vera Becker zieht zwei Lehren aus der Pandemie. Erstens habe sich gezeigt, dass es nicht reiche, allein auf die Eigenverantwortung der Menschen zu setzen. Und zweitens sei klar geworden, dass es möglich ist, drastische und sofortige Massnahmen zu ergreifen, wenn es denn dringend ist.

Die Aargauer Klimajugend hofft, im Sommer wieder grössere Veranstaltungen durchführen zu können. Bis dahin arrangiert sie sich. Diesen Freitag sind in Baden, Aarau und Bremgarten Sitzstreiks geplant. In kleinen Gruppen und mit Masken. Erwartet werden zwischen 15 und 40 Leute.

Zara Zatti



Gabriela Suter (SP) will Volksrechte ausbauen. Bild: Alex Spichale



Andreas Glarner (SVP) trotz Sympathie dagegen. Bild: Severin Bigler

Nach Burkaverbot: Suter will Initiative auf Gesetzesstufe

Die SP-Nationalrätin hat auch aus der SVP Unterstützung. Sogar Glarner machte fast mit.

Rolf Cavalli

«Nach dem letzten Abstimmungssonntag haben wir neben einem Bauverbot für Minarette neu auch Kleidervorschriften in der Verfassung», ärgert sich Gabriela Suter immer noch und meint damit das Burkaverbot. «Damit dies nicht weiter ausferrt», wie die Aargauer SP-Nationalrätin sagt, reicht sie eine parlamentarische Initiative ein, die Volksinitiativen auch auf Gesetzesebene ermöglichen soll.

Gegner der Verhüllungsverbotinitiative argumentierten damit. Ein solches Anliegen gehöre nicht in die Verfassung, wenn überhaupt, dann in ein Gesetz. SVP-Nationalrat Andreas Glarner als Befürworter des Burkaverbots entgegnete darauf stets, es gebe nun mal nur die Möglichkeit, mit einer Volksinitiative via Verfassung etwas zu ändern. Auch an einer Online-Podiumsdiskussion zum Verhüllungsverbot an der Kanti Baden brachte Glarner gegenüber Suter dieses Argument.

Wobmann unterschreibt, Glarner hat Vorbehalte

Ein Steilpass für die SP-Politikerin. Sie habe Glarner deshalb gefragt, ob er mitmache bei ihrer parlamentarischen Initiative für ein neues Volksrecht auf Gesetzesstufe. Glarner habe ihr Anfang Woche zugesagt, kurzfristig aber doch abgesagt, sagt Suter. Die «SVP-Rennleitung» soll Glarner zurückgepfiffen haben.

Glarner bestätigt auf Anfrage, er habe «Sympathien» für Suters Vorschlag, aber nach Rücksprache mit der SVP-Fraktion habe er sich entschieden, den Vorstoss doch nicht zu unterstützen. Aus inhaltlichen Gründen: Ein Gesetz, das über eine Volksinitiative nach aufwendigem Unterschriftensammeln durchgesetzt würde, könnte das Parlament problemlos – zum Beispiel mit einer Motion – wieder abschaffen, so

Glarner. Darum bringe eine solche Gesetzesinitiative nicht viel.

Der Aargauer SVP-Kantonpräsident gab Suter also einen Korb. Dafür erhält sie Unterstützung von den beiden SVP-Nationalräten aus Solothurn. Kantonpräsident Christian Imark und Burkaverbotsinitiant Walter Wobmann haben die parlamentarische Initiative von Gabriela Suter unterschrieben. Gestern wurde sie eingereicht.

In Kantonen seit über 100 Jahren etabliert

Obwohl Suter sogar von der Gegenseite Sukkurs bekommt, ist ihr ein Erfolg keineswegs sicher. Ähnliche Vorstösse, zuletzt 2014, fanden keine Mehrheit im Parlament. Eines der Hauptargumente der Gegner formulierte damals CVP-Präsident Gerhard Pfister (ZG): Die Gesetzesinitiative würde in der Umsetzung kompliziert, das Parlament hätte – anders als bei der heutigen Verfassungsinitiative – kaum noch Spielraum. Zudem biete eine Volksinitiative auf Gesetzesstufe die Möglichkeit, das Ständemehr zu umgehen, was die kleineren Kantone schwächen würde.

Für Suter sind diese Argumente nicht stichhaltig. Das Ständemehr könne man als Hürde einbauen. Und zu Glarner Punkt, das Parlament könne ein vom Volk gewolltes Gesetz leicht wieder abändern, betont sie, es könne bei jeder Gesetzesänderung das Referendum ergriffen werden mit anschließender Volksabstimmung. Auch einen Verfassungsartikel könne das Parlament wieder kippen, auch dann käme es zu einer Volksabstimmung. Auf Kantonsebene gebe es die Gesetzesinitiative schon seit über 100 Jahren und habe sich etabliert.

Als Nächstes wird Suters parlamentarische Initiative für mehr Volksrechte in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats behandelt. Präsiert wird diese von – Andreas Glarner.

ANZEIGE

Antiquariat kauft
**Bücher, Bilder
und Antiquitäten**
(ganze Schweiz)
Tel. 061 411 41 82
info@zwischenzeit.ch